

# Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 15,00 M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzeile für Anzeigensätze 4,00 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 8,00 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhof 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 37

Duisburg, den 16. September 1922

23. Jahrgang

## Die 10. Generalversammlung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes (Die allgemeine Aussprache)

Der 2. Verhandlungstag fand im Zeichen der überaus lebhaften und vom guten Verbandsgeliste zeugenden allg. einen Aussprache, die bereits am vorigen Tage begonnen hatte mit dem herzlichsten Gruß der Saarkollegen, den der Bezirksleiter, Kollege Wid. Saarbrücken, überbrachte. Gleichzeitig schilderte Kollege Wid die durch die Doppelwährung im Saargebiet entstandenen mißlichen Verhältnisse, die Haltung des zum großen Teil französischen Werkkapitals den Arbeitern gegenüber und verleierte zum Schluß unter lebhaftem Beifall, daß das Saargebiet und die Saarkollegen dem Vaterland die Treue hielten.

Nach Eröffnung der Verhandlungen des 2. Tages durch den Verbandsvorsitzenden Kollegen Wieber übermittelte Bezirksleiter Kollege G a t l o w s k i, Danzig, die Grüße der Kollegen von Westpreußen und Polen, die, wenn sie auch durch ein hartes Schicksal vom deutschen Vaterlande getrennt seien, ihm doch stets die Treue halten würden.

Kollege Wieber begrüßte sodann den inzwischen erschienenen Vorsitzenden des Verbandes der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, Prälat Dr. Müller und heißt ihn als alten Freund unserer Bewegung herzlich willkommen. Herr Prälat Dr. Müller betonte, daß er gern gekommen sei aus persönlichen und auch sachlichen Gründen. Er schätze den Verbandsvorsitzenden Kollegen Wieber, dem er auch die Grüße Sr. Eminenz, des Kardinals von Köln überbrachte, außerordentlich hoch. Das Zusammenarbeiten seines Verbandes mit dem christlichen Metallarbeiterverband sei stets das Beste gewesen. Sodann verbinde ja auch die gemeinsame christliche Weltanschauung beide Organisationen. Er wünschte der Tagung guten Erfolg.

Glorzawski-Gleimth überbringt als Vertreter der ober-schlesischen Kollegen deren beste Wünsche für eine gedeihliche Fortentwicklung des Verbandes und geht dann auf die gewerkschaftliche Lage in Oberschlesien ein, die durch die politischen Ereignisse, das Auseinanderdriften der nationalen Gegensätze vor, beim und auch nach dem Abstimmungskampf außerordentlich ungünstig beeinflusst worden sind. Hunderte von Familien hätten wegen des ausgeübten polnischen Terrors die Heimat verlassen müssen, um nur das nackte Leben zu retten. Unter solchen Umständen habe natürlich auch das gesamte Wirtschaftsleben gelitten. Betriebseinstellungen, Arbeitslosigkeit und großes Elend sei die Folge gewesen. Trotz dieser äußerst ungünstigen Lage sei die Entwicklung unseres Verbandes in Oberschlesien nicht unbefriedigend gewesen. Wenn der Verband alles tue, um auch den Bildungshunger der ober-schlesischen Arbeiterschaft zu befriedigen, dann könne er versichern, daß alle unsere ober-schlesischen Mitglieder mit froher Begeisterung an der weiteren Erklarung des christlichen Metallarbeiterverbandes wirken würden.

Henkmeier-Milhelm betont, daß der Appell der Kollegen aus den abgetrennten Gebieten unseres Vaterlandes bei allen Delegierten herzlichsten Widerhall fände. Er weist dann darauf hin, daß auch im übrigen Deutschland die Lage der Arbeiter keineswegs eine rosige sei und die Arbeiterschaft unter der Ungunst der Verhältnisse sehr zu leiden habe, obwohl sie ihre Pflicht tue und z. B. im Ruhrgebiet Tag und Nacht schaffe. Er begründet dann eine die grundsätzliche Stellung unseres Verbandes zum Betriebsrat. Die Entscheidung über die Haltung mancher Arbeitgeberkreise und deren Reformfrage. Die Entscheidung verurteilt genau so entschieden den Radikalismus mancher Linksradikalen, die durch ihre Parteipolitik, durch Klassenkampfideen und Sozialisierungsbestrebungen das Betriebsratgesetz mißbrauchen und seinen Bestand gefährden. Sie verlangt ferner einheitliche Wahltermine bei den Betriebsrätewahlen und 2jährige Amtsdauer der Betriebsräte.

Mauer-Duisburg geht dann in längeren Darlegungen auf die Fragen des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung ein, denen in unserem Verbande stets große Aufmerksamkeit geschenkt worden sei. Wie notwendig der Schutz des Lebens und der Arbeiterfamilien sei, beweise die Tatsache, daß die Zahl der bei den Unfallversicherungsstellen gemeldeten Unfälle von 575 000 im Jahre 1920 auf 592 000 im Jahre 1921 gestiegen sei. Der Ruf nach erhöhtem Arbeiterschutz sei daher berechtigt. Im Sinne eines solchen zu wirken sei auch hohe Pflicht der Betriebsräte. Kollege Mauer schildert dann den Verlauf des von unserem Verbands geführten Gasvergiftungsprozesses (siehe Artikel: „Hüttenarbeiter-Schicksal“) und kritisiert die vom Reichsversicherungsamt gefällte Entscheidung. Er begründet dann eine Entscheidung, durch welche die Behandlung der Berufs- und Betriebskrankheiten der gesundheitsbedingtesten Berufe der Eisen-, Metall- und chemischen Industrie als Betriebsunfälle gefordert wird. Weitere Entscheidungen, die der Redner vorlegt, verlangen: Ersetzung des ... für die ... und ...

in der Schwefelsäureproduktion und mit der Verarbeitung arsenhaltiger Laugen beschäftigten Arbeiter und die Erweiterung und Vereinfachung der Sozialversicherung.

Unterstaatssekretär im Reichsarbeitsministerium, Kollege Feder-Berlin betont, daß er sicher nicht die Berechtigung der vom Kollegen Mauer vorgelegten Entschlüsse verkenne, daß aber unsere schlechte finanzielle Lage der Erfüllung mancher Wünsche und Anregungen im Wege stände. Auch bei der Frage der Abgrenzung zwischen Betriebsunfällen und natürlichen Krankheiten beständen große Schwierigkeiten und man sei noch immer bei den Versuchen, eine gerechte Lösung zu finden. Mit Rücksicht auf den Ausgang des Gasvergiftungsprozesses betont der Redner, es sei notwendig, eine stärkere Arbeitermitwirkung bei der Rentenfestsetzung durch die Unfallversicherungsstellen zu erstreben.

Verbandsvorsitzender Kollege Wieber hebt hervor, daß die Schwierigkeiten, die einer Regelung der vom Kollegen Mauer angeschnittenen Fragen entgegenständen, ausgeräumt werden müßten. Eine Sozialpolitik, die nichts koste, taugt auch nichts. Es wäre zu wünschen, daß unsere Veräte und Richter das praktische Arbeiterleben mehr kennen lernten, dann würden manche Beschwerden über die Rechtsprechung nicht vorliegen. Jedenfalls dürften wir uns das Recht zur Kritik, die bei richtiger Anwendung nicht ohne Wirkung sei, nicht nehmen lassen.

Sebborn-Kölnen weist auf die bedeutenden Aufgaben der Arbeiterbewegung hin und wendet sich gegen den unsinnigen Radikalismus, wie ihn die Sozialdemokratie in die Arbeiterbewegung hineingetragen habe. Es müsse der Arbeiterbewegung immer und immer wieder gesagt werden, daß sie noch sehr vieles verlieren könne und wilde Rufe eine solche Entwicklung nur beunruhigen. Mehr wie je müsse der Streik als das letzte Mittel gelten. Der Redner betont, daß in der rheinisch-westfälischen Arbeiterschaft das Vertrauen zum Reichskommissar vollständig geschwunden sei und wendet sich scharf gegen die von diesem erstrebte schematische Behandlung der Lohn- und sonstigen Fragen an sich grundverschiedener Industrien und Bezirke. Er weist hin auf die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaues der Tarifverträge und begründet zum Schluß eine Entscheidung, die sich mit dem Unterbau und der Abgrenzung der Bezirksratsgewerkschaften befaßt.

Konrad-Münsterberg schildert die gewerkschaftliche Lage in Bayern und befaßt sich dann eingehend mit den bayerischen Lehrlingsverhältnissen, deren gesetzliche Reform er fordert.

Weier-Hagen-Berelsberg befaßt sich mit der verkehrten Lohnpolitik, die oft betrieben wird durch fast gleichmäßige Gestaltung aller Löhne. Das hindere den Zustrom zu den gelehrten Berufen, die gerade heute so notwendig seien, weil wir uns nur durch Qualitätsarbeit wieder emporheben könnten. Er beklagt dann, daß der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft so oft nicht lebendig sei. Jeder Schiedspruch des Reichskommissars stehe den inneren Geist der Arbeitsgemeinschaft in kein gutes Licht.

Abg. Andree-Stuttgart geht auf die Zustände im Wohnungswesen, auf das Reichsmietengesetz, die Arbeitszeit der Bauarbeiter und die Erfüllungspolitik ein.

Die allgemeine Aussprache wird nun unterbrochen durch die Referate von Kollegen Stegerwald und Dr. Köhr, die wir nachher zusammenhängend und ausführlich bringen wollen, und wurde am 3. Tage wieder fortgesetzt.

Zunächst begrüßt Kollege Wieber den eingetroffenen Verbandsvorsitzenden des christlichen Textilarbeiterverbandes, Kollegen J a h r e n b r a c h, der seinerseits auf das gute Verhältnis zu unserm Verbande hinwies und betonte, daß die Gedanken der christlichen Gewerkschaften Gemeingut aller Arbeiter werden müßten.

Darauf erstattete Kollege Graß, Duisburg, den Bericht der Mandatsprüfungskommission und schlug vor, die Wahl des Kollegen Schrage gültig zu erklären, was auch einstimmig geschah.

van Melic-Utrecht, Sekretär des holländischen Bruderverbandes, wünscht, daß die auf der Generalversammlung gehaltenen Vorträge im Ausland bekannt würden und namentlich auch in den neutralen Ländern. In Holland glaube man viel, wir ruinierten mit Rücksicht ihre Wirtschaft, indem wir zu billig verkauften. Unter Weltmarktpreis sollte nicht verkauft werden. Er schildert die Lage der holländischen Industrie, 15 Prozent der Mitglieder seines Verbandes in Holland seien arbeitslos, eine große Zahl arbeite in verkürzter Arbeitszeit. Viele Unternehmer seien Händler geworden, weil sie dann mehr verdienten. Der Vertrag von Versailles und seine Auswirkungen seien in Holland unbekannt. Er müsse nach dem Gehörten sagen, daß die Erfüllung dessen, was er uns aufballe, unmöglich sei.

Er bezeugt die Stabilisierung der Valuta als eine Notwendigkeit für alle Länder. Sie sei eine der wichtigsten internationalen Aufgaben. Auch andere Fragen — Arbeiterschutz und Versicherung müßten international gelöst werden. Die holländischen Kollegen wollen dabei schon helfen, den rechten Geist zu verbreiten und rechneten dabei auch auf die Hilfe der deutschen Kollegen. Gemeinsam wollen wir eine christliche Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung erstreben über die Landesgrenzen hinaus.

Inzwischen hatte sich der Direktor der Großhandelszentrale des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine Abg. Kollege Schack eingeschrieben, der vom 2. Verbandsvorsitzenden Kollegen Schmitz herzlich begrüßt wurde und mit Dankesworten und besten Wünschen erwiderte. Er habe mit an der Wiege des Verbandes gestanden und mit dem Feuerkopf Wieber die ersten Schlachten geschlagen. Er betont, daß beide Organisationen, Gewerkschaften und Konsumvereine für das soziale Wohl arbeiteten und deshalb auch zusammenarbeiten müßten.

Schlummer-Köln teilt die Haltung Schließstädts vom Vorstand des D. M. V. bezüglich unserer Arbeit in den Selbstverwaltungskörpern. Er wendet sich gegen wilde Streiks und solche aus politischen Gründen und begründet eine Entscheidung in diesem Sinne.

Abg. Gengler-Stuttgart weist auf die Verhältnisse im Süden unseres Vaterlandes hin. Nirgendwo werde so viel von Demokratie geredet, wie dort. Man will aber diese Demokratie im wirtschaftlichen Leben nicht verwirklichen und anzuerkennen. Fördern auf solchen Geist eingewirkt zu haben, könnten die Massen im sozialistischen Lager für sich in Anspruch nehmen, die an unsinnigen Rufen, wilden Streiks in großer gewerkschaftlicher Torheit und Unverantwortlichkeit das Unglaublichste leisteten. Er wies hin auf den Streik in Württemberg, die Rufe in der Badischen Ailm- und Sodafabrik in Ludwigshafen, den Terror der Radikalen gegen Fabrikdirektoren und andere Organisierte usw. und ging dann auf den Kampf in der Süddeutschen Metallindustrie ein, der mit einer glatten Niederlage der Arbeiter endete. Er lehnte dabei die falsche und verderbliche Taktik des sog. Metallarbeiterverbandes ins rechte Licht. Zum Schluß hob er unter Hinweis auf das schreckliche Oppauer Explosionsunglück die große Verantwortlichkeit der Betriebsräte hervor, die in diesen Dingen nach dem Rechten zu sehen hätten.

Zuchs, Essen, befaßt sich insbesondere mit dem Kampf der Gelben um die evang. Kollegen und mit der Alkoholfrage und wünscht, daß auch der Verband als solcher den Mißbrauch des Alkohols entschieden bekämpfe. Ein von ihm unterbreiteter Antrag wird dem Vorstand überwiesen.

Mehr, Duisburg, der Leiter unserer Inaendbewegung weist auf die Verhältnisse im Lehrlingswesen hin. Während vielfach die Industrie in Verbindung mit den Gewerkschaften bemüht sei, die Nachwuchsfrage zur Zufriedenheit beider Teile zu lösen, wende sich das Handwerk mit aller Stärke gegen diese Bestrebungen. Insbesondere bekämpfe es die Tarifierung, den Arbeitstarifgesetzentwurf und die Einreihung des Lehrlings in die zu erlassende Schlichtungsordnung mit der Begründung, daß der Lehrvertrag kein Arbeitsvertrag, sondern ein reiner Erziehungsvertrag sei. Diese Behauptungen scheinen weit über das Ziel hinaus. Kollege Mehr befaßt das im Einzelnen an Hand der Grundzüge, welche die Zentralarbeitsgemeinschaften der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer am 11. 2. 1921 für die Regelung des Lehrlingswesens angenommen hat, ferner aus dem Geleitkommentar von Dr. Fleisch zum § 126 der G.D., aus dem B. R. G., der Demobilisierungsverordnung u. a., daß der Lehrvertrag nicht reiner Erziehungsvertrag sei und deshalb die Gewerkschaften auf die Mitwirkung bei der Gestaltung der Lehrungsverhältnisse nicht verzichten könnten. Er legt dann eine Entscheidung vor, in

# Hüttenarbeiter-Schicksal

Wilhelm Maue, Duisburg.

der gesetzliche Regelung der Bezahlungsfragen, die schnelle Verabschiedung des Arbeitstarifgesetzes und Einbeziehung der Bezahlungen in die Schlichtungsordnung gefordert wird.

In der Nachmittagsitzung verbreitet sich zunächst Burgard-Duisburg über die gewerkschaftliche und wirtschaftliche Lage in seinem Bezirksbereich, der das wirtschaftliche Herz Deutschlands sei. Er geht ein auf die Bestrebungen der Arbeitgeber der Nordwestlichen Gruppe, für das gesamte große Industriegebiet einheitliche Lohnregelungen zu treffen, Bestrebungen, die vom Reichskommissar gefördert und leider von den soz. und h.-D.-Gewerkschaften auch unterstützt worden seien. Er legt die Gründe dar, die uns veranlassen, die bezirkliche Lohnregelung abzulehnen und beweist, daß dies im Interesse der Arbeiter selbst gelegen sei.

Horst-Königs-Hütte, bringt die Grüße der zu Polen gekommenen ober-schlesischen Verbandsmitglieder und betont nach Darlegung der unerquicklichen politischen und wirtschaftlichen Lage: „Wir wollen mit der Zentrale verbunden bleiben, trotz politischer Trennung.“

Hahn-Essen legt sich ein für die Pfllichterfüllung aller Verbandsmitglieder. Wenn alle bei der Revolution und auch nachher ihre Pflicht getan hätten, dann wäre unsere Zahl und auch unser Vermögen größer. Er redet dann einer intensiven Schulung unserer Betriebsräte das Wort und wünscht, daß endlich ein Weg gefunden würde zur Lösung der Anorganisierensfrage.

Wieder Jun.-Duisburg, Schriftleiter unseres Verbandsorgans, verbreitet sich über die Bildungsbestrebungen des Verbandes und über deren Ausbau, soweit Unterrichtskurse, Ueberrmittlung von volkswirtschaftlichem und sonstigem Material und das Verbandsorgan in Frage kommen. Die mit dem Ausbau des Bildungswesens verbundenen großen Ausgaben müßten aber durch die Opferwilligkeit der Kollegen auch möglich gemacht werden. Er empfiehlt Schaffung eines besonderen Bildungsfonds.

2. Verbandsvorsitzender Kollege Schmitz verbreitet sich in längeren Ausführungen über unsere Arbeit in den Selbstverwaltungskörpern. Er betont zunächst im Hinblick auf die wiederholte, von soz. Seite inszenierte Hege, daß es falsch sei, die Tätigkeit in den neuen Organen der deutschen Wirtschaft nach agitatorischen oder parteipolitischen Gesichtspunkten einzustellen oder Prinzipienreiterei zu betreiben. Die erste Hege wurde gegen uns geführt, weil wir im Hoheisenausbau für eine Steigerung der Kohlenförderung eintraten. Dabei lagen trotz großer, lohnender Aufträge in der weiterverarbeitenden Industrie infolge Kohlenmangel 20 Hochofen still, wurden viele Betriebe aus gleichem Grunde eingeschränkt. Der neueste Vorstoß richtete sich gegen unsere Stellungnahme zur Wiedereinführung von Höchstpreisen für Walzwerkzeugnisse. Dazu ist zu beachten, daß in dem Gebiet, in dem der Eisenwirtschaftsverband noch Autorität hat, heute Eisen hergestellt wird unter Zuhilfenahme großer Mengen englischer Kohle, die 3000 bis 4000 M mehr pro Tonne kostet, wie deutsche Kohle. Es muß ferner fremdländisches Halbzeug und ausländisches Erzmaterial verwendet werden. Das, und auch der Umstand, daß sonst nirgendwo mit Höchstpreisen gearbeitet wird, war Anlaß, in 2 Monate von Höchstpreisen abzusehen. Unsere Forderung, auch für die Bau-, Textil- und Ernährungsindustrie Selbstverwaltungskörper zu bilden und durch sie Planwirtschaft zu betreiben, hat beim Reichswirtschaftsminister bisher keine Beachtung gefunden.

Bauer-München betont, daß der Achtstundentag in der Privatindustrie ausgenutzt würde. Die Leistungen sind gering, würden sich aber noch mehr steigern, wenn mehr Lebensmittel den Arbeitern zugeführt würden. Auch das sei möglich, wenn der Grundsatz gilt: Gleiche Not — gleiches Brot. Er begründet dann die sozialpolitischen Anträge von München und weist darauf hin, daß trotz aller Schwierigkeiten ein Weg sich finden lasse, wenn nur der gute Wille vorhanden sei.

Krahl-Magdeburg beleuchtet die sehr starke Industrialisierung Mitteldeutschlands und die sich daraus ergebenden Entwicklungsmöglichkeiten für unser Verband. Er bittet in dieser Hinsicht um die Hilfe des Verbandes durch Entsendung von Kräften und begrüßt den Plan, auch in Mitteldeutschland Bildungskurse einzurichten. Die Kollegen, die sich bereits bei allen Tarifabschlüssen als gleichberechtigt darstellten, würden dann sicherlich auch in Zukunft sich als treue Pioniere für unser Verband erweisen.

Mel-Hagen schildert das Bestreben der Arbeitgeber des bezirklichen Bezirks, sowie des Sauer- und Münsterlandes, mit Unterstützung des Reichs- und Staatskommissars zu Dortmund zu einer bezirklichen Regelung der Lohnzulagen zu kommen. Wir haben diese Regelung abgelehnt. Die ganze Lage und Eigenart unserer Industrie ist dafür noch nicht reif. Redner hebt dann die bedauerliche Tatsache hervor, daß manche Arbeitgebersverbände innerlich nicht auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft ständen und führt als Beweis die wieder sehr beliebt gewordenen Sperrmaßnahmen und die schwarzen Listen an. So habe der Arbeitgeberverein für das südöstliche Westfalen durch schwarze Listen hunderte von Arbeitern, die namentlich aufgeführt waren, von der Arbeitsmöglichkeit ausgeschlossen und es glatt abgelehnt, über die Aufhebung dieser Sperre mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln. Der Verband deutscher Beitel- und Hebelisenfabrikanten lege auf Uebertretung dieser Sperrmaßnahmen eine Strafe von 10 000 M und der Märkische Arbeitgeberverband für die Kreise Hagen-Schwelm eine solche von 50 000 M fest. Gegen eine solche Verletzung der durch die Reichsverfassung festgelegten Freizügigkeit sei ein solches Protest einzulegen. Er legt eine in diesem Sinne gehaltene Entschließung vor.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Kollege Verbandsvorsitzender Wieser stellt die Höhe derselben und den guten Geist, den sie zeige, fest und sagt noch einmal in einer kurzen Rückbetrachtung die gegebenen Anregungen und Wünsche zusammen. Dem Vorstand wird sodann einstimmig Entlastung erteilt.

Unter den gewerblichen Vergiftungen nehmen bekanntlich jene durch Kohlenoxydgas in den Feuerbetrieben und Nebenanlagen eine sehr gefährliche Stelle ein. Manche Menschenleben fordert dieses Gas in seine Schranken. Den Ausbruchstellen ist oft schlecht beizukommen. Sein Eindringen in den menschlichen Körper und die Wirkungen, die es dort auslöst, sind heimtückisch und zur Feststellung von Unfallunterstützungen nicht leicht zu ermitteln. Denn oft wird diese Gaseinnahme gar nicht wahrgenommen; schädigende Wirkungen treten auch nicht immer sofort ein; sie ähneln auch natürlichen Krankheiten und zeigen sich in verschiedenartigen Erscheinungen. Die Tücke dieser Vergiftung, ihre Folgen und Opfer führen auch Ärzte in die Irre, zu Widersprüchen oder zu sehr geteilten Meinungen. Der christliche Metallarbeiterverband Deutschlands fordert daher schon länger, daß zur Feststellung des Begriffes „Betriebsunfall“ bei solchen Vergiftungen die nächsten Begleitumstände, die große Gefährlichkeit von Generator- und Hochofengasen und somit die erhöhte Betriebsgefahr, ebenso auch das Urteil praktischer Fachleute und Zeugen mehr berücksichtigt werden müsse. Der nachstehende tragische Fall beweist erneut, wie berechtigt diese Forderung ist, ferner die Berechtigung der einschlägigen Wünsche und zeigt die Mängel in der Versicherungsrechtsprechung und die Notwendigkeit, die „Gewerbetraffenheiten“ den „Betriebsunfällen“ gleichzustellen.

Zu Wissen (Sieg) „erkrankten“ im Verlauf von 2—3 Tagen unter Gasvergiftungsercheinungen fünf Hüttenarbeiter, die an der Fertigstellung einer Gasmachine auf dem dortigen Hüttenwerk gemeinsam beschäftigt waren. Einer von den erkrankten Arbeitern ging infolge Schwäche und Kopfschmerzen sofort ins Freie. Er kam ohne Schaden mit dem Schrecken davon. Ein weiterer bekam Kopfschmerzen, Muskelchwäche und Erbrechen bei der Arbeit, legte sich ins Bett und konnte am nächsten Tage die Arbeit wieder aufnehmen. Die drei übrigen aber, die sich am 27. und 29. Februar krank zu Bett gelegt hatten, starben; zwei am 11. März und der dritte am 8. März. Diese drei sollen nun vor einer Gaseinnahme nichts wahrgenommen haben oder wenigstens nichts gefühlt haben. Vielleicht haben sie es auch gar nicht gespürt. Wohl aber standen die Angehörigen, Verwandte und Nachbarn unter diesem Eindruck, die in einem Falle Gasausdünstungen noch im Krankenzimmer wahrnahmen. Einer der Verunglückten hatte auch schon 35 Tage vorher eine andere schwere Gasvergiftung erlitten. Auch waren schon vorher 5 andere Arbeiter vergiftet worden und hatten die Gasunfallstation mit Erfolg aufgesucht. Ein weiterer an der Stelle beschäftigter Arbeiter war ebenfalls schon früher unter denselben Erscheinungen erkrankt und gestorben.

Durch all diese Erscheinungen veranlaßt, stellten die drei hinterbliebenen Witwen, die je 2—5 kleine Kinder hatten, bei der Hütten- und Walzwerks A. G. einen Antrag auf Hinterbliebenenrente. Die Berufsgenossenschaft veranlaßte die Deckung der Reichen durch Professor Dr. Frank, Köln, in Anwesenheit der zwei behandelnden Ärzte. In Verfolg des Ergebnisses der Leichenöffnung und der ersten Gutachten der behandelnden Ärzte wurde aber der Antrag abgelehnt, weil der Tod der drei auf typische Grippe mit nachfolgender Lungenentzündung zurückzuführen sei. Das Einspruchsverfahren führte zu demselben Ergebnis. Nur wurde noch in dem Ende-bescheid erwähnt, daß die angeführte Gaseinnahme eine „Gewerbetraffenheit“ sei, die von der A. G. nicht zu entschädigen ist.

Da zwei von den Verunglückten dem Christlichen Metallarbeiterverband als Mitglied angehörten, übernahm dieser alsdann die Prozeßführung. Das Recht der Hinterbliebenen mußte gewahrt und Licht mußte ins Dunkel gebracht werden. Insbesondere galt es jedoch, die Hinterbliebenen vor dem Untergang zu retten. Das soeben beendete Prozeßverfahren dauerte mehr als 2 Jahre und wurde mit einer Unsicherheit und mit Aufwendung von Kosten geführt, wie es wohl einzig dastehen wird. Leider blieb ihm der Erfolg für die Hinterbliebenen versagt und zwar nicht nur im Berufungsverfahren vor dem Knappschaftsversicherungsamt Bonn, sondern auch im Rekursverfahren vor dem fünften Senat des Reichsversicherungsamtes.

Betriebsverhältnisse und Betriebsgefahren waren folgende: In der Gasmachinehalle stand neben der neuen noch untauglichen Maschine u. a. noch eine weitere, die nach einer längeren Reparatur vor einigen Tagen wieder in Betrieb gesetzt worden war. Die Rohgaszuführung zu allen Gasmachines ging unter der Arbeitsstelle der Betreffenden her. In unmittelbarer Nähe davon befand sich außerhalb der Halle die Gasexplosionsklappe, die über starken Gasdruck ausströmen ließ. Diese ausströmenden Gase konnten indes durch eine große offene Fensteröffnung leicht zur Arbeitsstätte dringen. Neben den elf Opfern ist nun durch zahlreich e eidlich vernommene Zeugen nachgemessen, daß das gefährliche Gas zeitweilig an der Arbeitsstelle war. Ueber die Ausströmungsquellen lagen verschiedene Zeugnisse vor. Aus ihnen war zu entnehmen, daß von der reparierten Gasmachine, von der unterirdischen Rohgaszuführung, oder durch die Explosionsklappe, oder gar bei starkem Gasdruck durch alle drei Wege gleichzeitig das Gas ausströmte war. Die Frage der Gasquellen hatte eine neben-sächliche sein und bleiben müssen, die Hauptsache war das Vorhandensein von Kohlenoxydgas. Leider hat die Rechtsprechung den Gasquellen mehr Beachtung geschenkt, als der Tatsache, daß Gas zeitweilig ausgebrochen war.

Der Fall in ärztlicher Beleuchtung ergab das Bild, das schon einleitend erwähnt wurde. Falsch beim Fall, bei der Behandlung der Verunglückten sollen die zwei behandelnden Ärzte von Gas und Vergiftungen ge-

sprochen haben. Später haben sie „typische Grippe-Düngeentzündung“ als Todesursache an und nach Klärung des ganzen Falles, der Betriebsgefahr und Begleitumstände, haben sie einen Zusammenhang zwischen Tod und Gasvergiftung zu, wenn eine solche vorgelegen hätte. Der Arzt der Berufsgenossenschaft, Professor Dr. Frank, Köln, bringt es zunächst fertig, durch Leichenöffnung so-gar 14 Tage nach dem Unglücksfall im Blut und in der Lunge noch nach Kohlenoxydgas zu suchen, und wo keines mehr gefunden wurde, behauptete er, die Leute hätten auch keines in sich aufgenommen. Dabei konnte das Gas schon nach Stunden nach der Gaseinnahme wieder weg sein, nicht aber die Wirkung. Außerdem spricht der Professor in seinem Gutachten — das auch sonst unverständlich ist — von dem in Frage kommenden „Leuchtgas“, wohngegen das viel gefährlichere Hochofengas vorlag. Der Christliche Metallarbeiterverband hatte inzwischen von dem bedeutendsten praktisch und wissenschaftlich tätigen Spezialisten für Kohlenoxydvergiftung, Professor Dr. Lewin, Berlin drei aufeinanderfolgende Gutachten eingeholt, die den „Gasunfall“ auch nach dessen wissenschaftlichen Veröffentlichungen schlagend nachwiesen. Jedes vertrat ein oberärztliches Gutachten des H. W. A., das dieses durch einen Anatom, d. h. einen Spezialarzt für Zerlegen, Schneiden oder Knochenbrüche, eingeholt hatte, im entscheidenden Teil eine andere Meinung. Und in dem letzten Gutachten, wo einer von der behandelnden Ärzten und der zuständigen Kreisärzte über den Umfang der angeblichen Grippeepidemie befragt werden, wissen beide von einem solch schweren Fall durch Grippe nichts zu berichten, sie finden den vorliegenden Fall vielmehr „auffallend“ und „schwer“. Auch nach den Berichten der drei Kranken und am Ende des Ortes lagen solche Fälle sonst nicht vor. Nach amtlicher Bescheinigung erreichten die Eltern der Opfer das hohe Alter von 65—70 Jahren. Geschwister, Frauen und Kinder waren neben den Opfern fern-gesunde Leute; schwächliche und kräftig gebaute Leute waren keine unter den Opfern.

Es fordert nun geradezu die Kritik heraus, daß das Ober-versicherungsamt und auch der Senat des H. W. A. sich neben den schon erwähnten fehlerhaften und theoretischen Zeugnissen noch auf Ortsbesichtigungen stützen, die dreiviertel Jahr nach dem Unglücksfall stattgefunden haben. So auch auf das Gutachten des Gewerberats von Wehlar, der behauptet: Die Stopfbüchse der Gasmachine ist dicht und die Halle ist so groß, daß sich ausströmende Gase darin verdünnen können. Daß neben den Stopfbüchsen auch undichte Flanschen Gas ausströmen lassen — wie es der Oberingenieur der Hütte zugab — daß die Gasmachines auch Gasleitungen haben und daß auch durch die Explosionsklappe das tödliche Gas gekommen sein konnte, daran stört sich neben dem Professor auch der Gewerberat nicht. Und wenn sich das Gas in der Halle verdünnen würde, dann hätten sich Kriegsgase im Freien doch erst recht verdünnen müssen. Das Gegenteil davon ist jedoch allgemein bekannt.

Fanden diese zu beanstandenden Gutachten eine volle Würdigung, so blieben diejenigen und die Zeugnisse der praktisch Tätigen, die zum größten Teil und im Gegensatz zu den theoretischen Gutachtern vereidigt wurden, unbeachtet. So Mitarbeiter der Verunglückten, Gasmachineswärter, ein Obermeister, der Betriebsingenieur, der bedeutendste Spezialarzt für Kohlenoxydvergiftung, Professor Dr. Lewin, die beiden anderen Vergifteten, die mit dem Leben davon gekommen waren, letzten Endes auch die zwei behandelnden Ärzte mit dem Kreisarzt und die Angaben der drei Krankenkassen. Fast alle bekräftigten entweder das Austreten von Gas, die große Betriebsgefahr oder direkt den „Betriebsunfall“, oder sie machten den Zusammenhang zwischen Tod und Vergiftung wahrscheinlich und bekundeten, daß die angebliche Grippeepidemie nicht so stark war und sonst nicht solche Erfolge gefordert hat. In einem Falle, wo einer der Verstorbenen eine weitere Gasvergiftung schon nach 35 Tagen erlitten hatte, hielt auch selbst der oberärztliche Gutachter des H. W. A. den „Betriebsunfall“ für wahrscheinlich. Vor ihm hatte auch Professor Dr. Lewin diesen als gegeben bezeichnet. Das Urteil des H. W. A. erwähnt hiervon überhaupt nichts mehr.

Diese Urteile sind und bleiben unverständlich. Es wird eine Beweisführung für Gasvergiftungen verlangt, die in solchen Fällen nicht besser zu erbringen ist, als es geschah. Betriebsgefahr und die Fülle der Begleitumstände dürften neben diesen ärztlichen Befundungen vollauf genügen, um solch tragische Fälle als „Betriebsunfälle“ anzuerkennen. Ohne Zweifel spricht der vorliegende Fall mit dem gesamten Beweismaterial mehr für die bestimmte Wahrscheinlichkeit eines „Betriebsunfalles“, als die Berufsgenossenschaft und das Oberversicherungsamt für die Wahrscheinlichkeit eines natürlichen Todes oder einer „Gewerbetraffenheit“ an Beweisen gebracht haben. Bleibt diese Methode bestehen, dann wird das Schicksal noch von weiteren Hüttenarbeitern und ihrer Familien in der Luft hängen, was die jeder gefährliche, heimtückische Menschenfeind in den Betrieben sein vernichtendes Unwesen treibt.

Der Christliche Metallarbeiterverband legte das Urteil des Senats nochmals Prof. Dr. Lewin vor, um dessen Meinung darüber zu hören. In dieser ohne Zweifel maßgebenden oberärztlichen Beleuchtung des Urteiles heißt es einleitend: „Das Gesamtergebnis meiner eingehendsten, objektiven Erwägungen ist, daß dieses Urteil ein Fehlurteil ist.“ Zu demselben Ergebnis kam auch eine große öffentliche Versammlung zu Wissen (Sieg), wo fast alle an dem Prozeß unmittelbar oder mittelbar Beteiligten und namentlich die Belegschaft der Hütte mit den Vergefechten

nahmen. Hundert andere Praktiker und Kenner der Verhältnisse teilen dieselbe Meinung.

Da der Fall auch sonst von großer Bedeutung ist, so manche andere beachtliche Begleitumstände zeitigte und sehr gute Lehren für die Arbeiterschaft, Rechtsprechung und für die unbedingt notwendige Reform dieses Versicherungszweiges bietet, hat der Christliche Metallarbeiterverband von dem ganzen Fall und von dem wichtigsten Inhalt des Prozesses der oberärztlichen Gutachten und den kritisch beleuchteten Urteilen unter dem Titel „Hüttenarbeitersdickfall“ eine 24 Seiten starke Broschüre herausgegeben. Interessenten kann der Bezug der Broschüre nur empfohlen werden. Nachdem das Hüttenarbeitersdickfall mit dem helmtückischen, gefährlichen C.-D.-Gas wiederum drei Arbeiterfamilien dem wirtschaftlichen Verderben ausgesetzt hat, ist wohl zu hoffen, daß aus rechtlichen und sittlichen Gründen die Versorgung solcher Opfer in bessere Bahnen gelenkt wird.

### Gelbe und evangelische Arbeiter

Karl Hölterhoff.

In ihrer Zeitung vom 3. September bringen die Gelben einen Artikel mit der Überschrift: „Christliche und Rote Internationale gegen Blau und National.“ Es handelt sich dabei um ein bloßes Agitationsmanöver. Zunächst verucht man darüber zu schimpfen, daß die drei gewerkschaftlichen Organisationen in Oberhausen einen gemeinsamen Beschluß gefaßt haben, worin sich die Gewerkschaften gegen die Unorganisierten wenden.

Dieser Beschluß der Gewerkschaften veranlaßt die Gelben, in der daran anschließenden Polemik in lächerlichen Phrasen auf die christl.-nationale Arbeiterbewegung zu schimpfen. Vor allen Dingen glauben sie uns evangelischen, christlichen Gewerkschaftlern sagen zu müssen, daß für uns kein Platz sei in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Sie schreiben:

„Wir erlauben uns aber in diesem Zusammenhange an jene Leute zu appellieren, die die Interessen ihrer Glaubensgenossen vertreten sollen und auch verteidigen wollen. — Wir denken hierbei an die christlichen Gewerkschaftler evangelischer Konfession. — Es soll einmal einer unter ihnen ehrlich sagen, ob er in den Jahren nach der Revolution auch nur jemals das Gefühl gehabt hat, daß die Zentrumssozialisten die Interessen seiner Glaubensgenossen, wenn auch nur in geringem Maße, berücksichtigen. — Keiner könne ehrlich mit „Ja“ antworten; er müßte denn das Heucheln seinen Genossen gut abgequatscht haben. Keiner von ihnen, die die sogenannte schwarze Politik seit Jahren mitmachen, wird aufrichtig widersprechen können, wenn ich sage, daß die ultramontan-sozialistische Politik seit altersher dazu dient, die evangelischen Glaubensgenossen irreführen und sie als „Aechtseelen“ auszubuten. — Ihr könnt nicht widersprechen, und dennoch sitzt ihr mit den Zentrumssozialisten an einem Tisch? — Dann dürft ihr es uns auch nicht verüben, wenn wir euch als das bezeichnen, was ihr seid, als Betrüger an der Arbeiterschaft, die ihr vertreten solltet! — Ihr habt nie gewagt, einmal euren Gewerkschafts- und Parteikollegen die Meinung zu sagen — was seid ihr also anders als schlappe Kerle und traurige Gestalten! — Im Gegenteil, ihr habt wohlgefällig nickend zugehört und „Ja und Amen“ dazu gesagt, wenn wieder einmal die evangelische und nationale Arbeiterschaft, die so gut als Stimm- und Zahlmaterial zu gebrauchen ist, zurückgelassen und verraten wurde — seid ihr also etwas anderes als gesinnungslose Heuchler? — Wir werden gewiß nicht um eure Sympathie, denn sonst würden wir euch detarierte Wahrheiten wohl kaum ins Gesicht sagen — dennoch, wir empfinden für euch, weil wir gar zu viele, wenn nicht alle, Interessen mit euch gemeinsam haben; auch wir treten ein für aufrichtiges Christentum und für den nationalen Gedanken.“

Man sollte meinen, die Annahme des Gesetzes zum Schutze der Republik und die Treiberen in Thüringen und Sachsen müßten besonders dem deutschnationalen Handlungsgeschäftlichen Verband zu denken geben. Wer war denn dabei, als man daran ging, die nationalen Elemente rechtlos zu machen? — Die Zentrumssozialisten mit Stegerwald an der Spitze haben nie gefehlt, wenn es galt, die nationalgeförmlichen Kreise im deutschen Vaterlande blosszustellen und ihre Bestrebungen als vaterlandsfeindlich zu kennzeichnen.

Niemand der ehrlich den nationalen Gedanken im Herzen hegt, wird auch nur einen Tag mit Stegerwald und seinem Anhang sympathisieren können. Gar vielen Protestanten im „christlichen“ Lager ist schon ein Licht darüber aufgegangen, was für Politik dort getrieben wird — wie man dort mit Heuchelei und Heilgenheißeln nach außen die schlimmste Kliquenwirtschaft betreibt. Alles andere, nur keine christliche Duldsamkeit, herrscht in jenen Kreisen, und gar viele, die es wahrhaft ehrlich mit ihrer Gewinnung und ihren Glaubensgenossen meinen, haben sich mit schaudern abgewandt. Wir sagen gewiß nicht zuviel, wenn wir prophesieren, daß auch hier einmal ein Ende kommt, d. h. eine „christliche“ Götterdämmerung, die die evangelischen Kreise denen zuführt, die bisher nachdrücklich und mit ehrlicher Ueberzeugung ohne auf Dank zu sehen, ihre Interessen vertreten haben.

Wenn die Gelben glauben, auf diese Art und Weise auf Stimmen- oder Dummenfang auszugehen, so haben sie sich ganz gewaltig geirrt. In einem haben sie recht — sie dürfen es uns als christliche Gewerkschaftler und überzeugte und treue Anhänger der evangelischen Konfession nicht übelnehmen, daß wir sie, und das mit recht, als die Parasiten und Schmarotzer der deutschen Arbeiterbewegung bezeichnen. Nicht als Anhängelkeitskreaturen, sondern als freie und gleichberechtigte Menschen wollen wir den Weg durch dieses Leben gehen. Die

Gelben, die so groß von ihrem nationalen Bewußtsein reden, sind jedenfalls die letzten, die auf dem Boden wahrhaften Deutschtums stehen. Leute, die ihren Mantel stets so nach dem Winde drehen, wie es die deutschen Arbeiterbündler tun, können über kein starkes und beständiges nationales Bewußtsein verfügen. Wir geloben unserem Führer Adam Stegerwald und mit ihm unserer auf dem Boden von Deutsch- und Christentum stehenden christlich-nationalen Arbeiterbewegung nach wie vor die Treue. Wir wissen auch, daß wir gemeinsam mit unseren katholischen Kollegen den Kampf führen müssen, gegen die Gelben auf der einen Seite und gegen die materialistische Sozialdemokratie auf der andern Seite, zum Wohle der deutschen Arbeiterbewegung. Hier heißt es für uns Treue um Treue! Darum rufe ich meinen evangelischen Kollegen zu, stärkt die Reihen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, laßt nicht den Schmarotzern des Unternehmertums nach, denn schon bald würden ihr sehen, wie ihr belogen und betrogen wäret. In unserer großen christlichen Arbeiterbewegung finden wir unsere Interessenvertretung, sowohl nach der religiösen wie nach der wirtschaftlichen Seite hin.

### Streiflichter

#### Heinrich Wolls †

Wieder hat der unerbittliche Tod einen unserer besten Führer aus unserer Mitte und aus einem arbeitsreichen Leben hinweggerissen. Nach längerem Leiden verschied im Alter von nahezu 60 Jahren am 5. September unser langjähriger Beamter in Aachen, Kollege Heinrich Wolls. Sein Leben und Wirken ist mit der Geschichte unseres christlichen Metallarbeiterverbandes im allgemeinen und mit unserer Ortsverwaltung in Aachen im besonderen untrennbar verbunden. Er war einer der Bahnbrecher unseres Verbandes im Aachener Bezirk und half mit, am 17. 3. 1901 unseren christlichen Metallarbeiterverband aus der Taufe zu heben. Das Vertrauen der Kollegen bestimmte ihn zum Vorsteher und damit zum verantwortlichen Träger einer regen Werkarbeit, die so gute Erfolge zeitigte, daß schon im Dezember 1901 die Bildung des Agitationsbezirks Aachen erfolgte und dem Kollegen Wolls der verantwortungs- und arbeitsreiche Posten als Bezirksleiter übertragen wurde. In dieser Stellung wirkte er mit unermüdetem Eifer und erlahmte auch später, als die Entwicklung des Verbandes eine andere Bezirkseinteilung erforderlich machte, nicht in seinem Eifer. Auch Schwierigkeiten und Hemmnisse, an denen ja die Geschichte der Arbeiterbewegung und auch unseres Verbandes so reich war, vermochten ihn nicht zu entmutigen. Selbstlos und unerschrocken wirkte er, bis der Tod ihn uns nahm. Obwohl schon seit längerer Zeit leidend, fand er immer noch die Kraft und den Mut zur Verbandsarbeit, die ihm Lebensarbeit und aufgabe geworden war. Er ist in den Seelen gestorben. Auch menschlich hatte er hervorragende Charakterzüge. Sein ruhiges, lebenswürdiges und stets bescheidenes Wesen, kein schlichtes, gerades Auftreten gewannen ihm die Herzen. Auch unser christlicher Metallarbeiterverband wird den alten, lieben, dahingegangenen Freund nicht vergessen, sondern ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Er ruhe in Frieden!

### Die Geister, die ich rief . . .

Die sozialistische Erziehung, die in der Vergangenheit ganz in den Geist des Radikalismus eingestrichelt war, mußte wunderliche Blüten zeitigen. Diese Erziehung zum Haß ist Schuld an den Zuständen im roten Partei- und Gewerkschaftslager, welche durch nachfolgende Auschnitte aus einem Artikel der „Arbeiterzeitung“ Essen vom 4. September recht eigenartig beleuchtet werden:

Die Hege gegen die Gewerkschaftsführer hat bereits am Freitag in Essen nach der kommunistisch-unionistischen Rundgebung ihre traurigen Früchte gezeitigt. Nachdem der bedauernswerte Anhang der RPD auf dem Burgplatz durch heftige Reden gegen die Gewerkschaftsführer aufgepuscht war, wandten sich einzelne Trupps gegen einzelne im Bergarbeiterverband tätige Obleute, wobei ein im Dienst der Arbeiterbewegung ergrauter Kamerad in gemeinsamer Weise mißhandelt wurde. Diese empörende Tat ist zweifellos darauf zurückzuführen, daß unerantwortliche Hege erst diese verbrecherische Stimmung erzeugten. Wohin soll es aber führen, wenn zukünftig kein Vertrauensmann der gewerkschaftlichen Organisationen mehr imstande ist, seine gewerkschaftlichen Pflichten zu erfüllen. . . .

Was sich am Freitag in Essen ereignet hat, ist tief beschämend für die Arbeiterbewegung.

Es ist traurig, daß es in der deutschen Arbeiterbewegung so weit gekommen ist. Der Tiefstand ist erreicht, wenn alle, im Dienste der Gewerkschaftsbewegung ergrauten Männer von gewissenlosen, verbrecherischen Elementen niedergeschlagen werden. . . .

Das ganze bewegliche Klagen der soz. Presse ist zu spät. Die Bewegung erriet, was sie gelit hat. Der Haß gegen Staat und Gesellschaft würde zum Wunderhaft. Die gerufenen Geister wird man nicht mehr los. —

### Was geht in den

#### Kriegsbeschädigten-Organisationen vor?

In der letzten Zeit haben mehrfach Verhandlungen stattgefunden zwischen dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten, dem Internationalen Bund der Kriegsopfer, dem Einheitsverband der Kriegsbeschädigten und dem Bund erblindeter Krieger, die bezweckten, die Kriegsbeschädigtenbewegung durch Verschmelzungen innerhalb der

Verbände mehr zu vereinfachen. Den Verhandlungen fehlte anfangs jeder positive Zeitgedanke. Eine feste Richtung wurde jedoch schon gegen Ende der ersten Sitzung dadurch wahrgenommen, daß man einer Entschließung des Führers des Internationalen Bundes zustimmte, deren Kernsatz folgendermaßen lautet:

„Die Kriegsbeschädigtenorganisation ist jedoch nicht in der Lage, das Kriegsbeschädigtenproblem zufriedenstellend zu lösen, wie der eingetragene Abbau der Versorgung bewirkt; deshalb erstrebt sie die enge Kollaboration und Verbindung mit den freigeberischen Arbeit-, Angehörigen- und Beamtenorganisationen und ist gewillt, in voller Solidarität mit diesen Organisationen an der Lösung der Kriegsopferfrage zu arbeiten.“

Auf der Grundlage dieser Entschließung sind die weiteren Verhandlungen bis jetzt fortgeschritten. Es scheint, als ob noch keine der vorgenannten vier Organisationen aus den Verhandlungen ausgeschlossen ist, woraus sich schließen läßt, daß die vier genannten Organisationen die vorgedachte Resolution des Internationalen Bundes als eine geeignete Verschmelzungsgrundlage ansehen. Die äußerste Linke trifft inzwischen ihre Vorbereitungen für die Schaffung dieser großen, den sozialistischen Gewerkschaften anzuschließenden Kriegsopferorganisationen. So schreibt z. B. die „Rote Fahne“ in Berlin am 13. August folgendes:

„Die Bourgeoisie entzieht sich der Pflicht, für die proletarischen Opfer ihrer verbrecherischen, imperialistischen Kriegspolitik zu sorgen, dadurch, daß sie die Kriegsopfer jahre- und monatelang mit Rentensätzen absperrt, die infolge der Geldentwertung nicht mehr ausreichen, auch nur einige Tage im Monat den nagenden Hunger zu stillen. Darum müssen die Kriegsbeschädigten einmütig darauf drängen, daß durch Zusammenschluß der jetzt bestehenden proletarischen Organisationen eine starke proletarische Kriegsopferorganisation auf freigeberischer Grundlage geschaffen wird, die im Verein mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen jedesmal mit der Erhöhung der Beamtenegehälter und Löhne der Staatsarbeiter auch eine entsprechende Erhöhung der Renten durchsetzt. Die Arbeiterschaft ist bereit, die dahingehenden Bestrebungen der Kriegsopfer voll und ganz zu unterstützen und die Gewerkschaftsinstanzen zu zwingen, sich dafür einzusetzen.“

Aus diesen Vorgängen läßt sich entnehmen, in welcher Richtung sich ansehend ein großer Teil der Bewegung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen einstellen will.

Es ist bemerkenswert, daß auch versucht wurde, den Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener in die Verschmelzungsbestrebungen mit hineinzuziehen. Der Zentralverband hat von anderen Organisationen mitgeteilt, daß der Vorschlag des Internationalen Bundes für den Zentralverband keine brauchbare Verschmelzungsgrundlage und auch keine Grundlage der Verhandlungen über eine Zusammenlegung der Organisationen ist. Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener, Berlin Nr. 18, Große Frankfurterstraße 53 I bezweckt bekanntlich auf der Grundlage parteipolitisch und religiöser Neutralität die Vertretung der sozialpolitischen und der besonderen wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder. Er läßt sich neben seiner Hauptaufgabe, der Interessenvertretung für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen die Pflege echter Kameradschaft, die Liebe zu Heimat und Volk nach Kräften anlegen sein, und ist die Organisation, die für christlich organisierte in Frage kommen kann.

### Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer eine Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 17. September, der 38. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 17. bis 23. September.

Es erhalten die Genehmigung zur Erhebung der beschlossenen Beiträge: Rue, Glag, W.-Glabach, Weimann, Trier.

Nichtbezahlung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

#### Abwesenänderung:

Verwaltungsstelle Glag: Die Geschäftsstelle befindet sich jetzt: Glag i. Schlef., Frankensteinerstraße 75 I.

### Verbandsgebiet

Gammersbach. Der christliche Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Gammersbach, hatte auf Sonntag, den 3. September, seine Funktionäre zu einer Generalversammlung eingeladen. Der Hauptpunkt der Tagesordnung bildete der Bericht über die 10. Generalversammlung in Jüdis, welchen Kollege, Geschäftsführer Spilker aus Remscheid erstattete. Mit großer Aufmerksamkeit und viel Interesse lauschte die Versammlung dem Vortragsstoff 1½ Stunde zu, der als Delegierter an der Verbandsgeneralversammlung teilgenommen hatte. Vorträge und Beschlüsse der in Jüdis stattgefundenen Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes waren ja auch auf die brennenden Lebensfragen des deutschen Volkes und der Metallarbeiterschaft insbesondere eingeleitet. An dem Bericht schloß sich eine rege Diskussion an. Folgende Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt: Zur Ausbildung der Betriebsverbandsfunktionäre soll möglichst bald ein ständiger Unterrichtskursus in Dieringhausen errichtet werden. Die Teilnehmer an dem Kursus erhalten die Lehrmittel, vor allem geeignete Broschüren und Bücher gratis. Auch sonstige Kosten, wie Fahrgehalt werden erstattet. Die Kosten sollen durch erhöhte Beiträge von allen Mitgliedern getragen werden. Die Tageszeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes „Der Deutsche“ soll den Mitgliedern zum Preise von 100 M im 4. Quartal kostenfrei werden. Der Restbetrag wird auf die Kasse der Verwaltungsstelle übernommen. Die Verbandsbetriebsobleute sollen diese Zeitung unter allen Umständen bestellen. Ferner wurden durch Beschlüsse die Beiträge ab 1. September neu festgesetzt. Dem Ortsverwaltungsamt in Verbindung mit der Polizei und Tarifkommission wurde die Vollmacht erteilt, für den Monat Oktober eine andere Beitragsrechnung vorzunehmen. Geschäftsführer, Kollege Spilker, berichtet darauf über den Stand der Lohn- und Tarifbewegung. In der Aussprache wurden Anträge für die bevorstehenden Lohnverhandlungen erörtert. Nachdem eine Wahl des Verwaltungskomitees und der Lohn- und Tarifkommission stattgefunden hatte, wurde die in der Satzung und sehr anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Soeben erschienen: **Technisches Kalkulieren** Leitfaden für die Praxis von Ingenieur S. Herzog Mit 179 Kalkulationen und 47 Kalkulationstabellen Preis 90 Mark (zuzügl. 50 Proz. Teuerungszuschlag) Preisliste Nr. 137 kostenlos und portofrei **Oskar Leiner** Buchhandlung für Technik Leipzig, Königstr. 26 B

**WICHTIGE FACHLEHRBÜCHER** sind: Elektrotechnik für Praktiker 50 Mark; Materialkunde für Praktiker 20 Mark; Sührungen an elektrischen Maschinen 50 Mark; Das magnetische Drehfeld 12 Mark; Leitfadens der drahtlosen Telegraphie 50 Mark; Zeitgemäße Ingenieur-Ausbildung 20 Mark; Maschinenzeichnen 50 Mark; Berechnung der Federn 60 Mark; Elektrische Anlagen in Bergwerksbetrieben 8 Mark; Die Materialprüfungsverfahren 9 Mark; Die Herstellung der Gewinde und Gewinde-schneidwerkzeuge 12 Mark; Die Schleifmaschinen im Maschinenbau 12 Mark; Kohlenlampen bei Industrieleuchtungen 8 Mark; Die Meßverfahren im Maschinenbau 12 Mark; Berechnung des Stufenscheibenbetriebes einer Drehbank 7 Mark; Betriebs-Charakteristik neuzeitlicher Dampfmaschinen 8 Mark; Wie erlange ich in kurzer Zeit eine schöne und geistreiche Handschrift? Gegen Nachnahme. Akademisch-Technischer Verlag, Frankfurt a. M. (West 6)

**Dreher, Schlosser und Mechaniker** müssen unbedingt auch im Besitze des Handbuches „DAS GEWINDE“ sein. Preis per Nachnahme 35,25 Mark bei **Wilk. Schuler, Techn. Verlag, Augsburg 5, Imhofstr. 79**

In keinem Hause sollte eine **Schwarzwälder Nussducksuhr** fehlen! Ich liefere solche in Friedensqualität. Höhe 50 cm, prachtvoll geschliffen, solid und dauerhaft gearbeitet, mit la. Messingwerk, selbstständig einmal und stündlich die volle Stundenzahl, Kadenz, rufen für nur M. 2000.— das Stück Versand per Nachnahme. Porto und Verpackung werden nicht berechnet. Zahlreiche freewillige Dankbriefe. Bestellen Sie sofort, bevor der Vorrat verknüpft ist **Erich Lutz, Leipzig-R. 3, Elastr. 6**

Neu erschienen: **Ritter Taschenbuch** für den Dreher und Schlosser des Maschinenbaues. Mit vielen Tabellen und Abbildungen. A. Ritter, Obernigk bei Breslau. Preis geb. 55 M. und Versandkosten.

**Schwachstrom-Monteurs** mit langjähriger Praxis, zur Ausführung größerer Fernsprechanlagen bei hohem Lohn gesucht. Bewerber wollen sich unter Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit sofort melden. Gesellschaft für automatische Telefonie G. m. b. H., Essen, Heumanni 28.

**Tücht. Handformer** für mittlere Arbeit gesucht. **Eisengießerei Robert Spies Söhne** Neuviges (Rhld.)

Für meine Abt. Schmiede suche ich für Wagen- und Karosserie-Bau tüchtigen **Feuerschmied** Fahrzeug-Fabrik E. H. von Lieren, Bechum.

# Wirtschaftsrundschau

## Die Unternehmensformen in Handel und Industrie

Dr. Reich, Leitner i. Schl.

### I. Die Einzelunternehmung.

Die Einzelunternehmung ist die natürlichste und häufigste Rechtsform der Unternehmung und hat im allgemeinen da ihre Verwirklichung, wo es weniger auf Beschaffung großen Kapitals als auf schnelle Entschlüsse des Unternehmers ankommt. Sie ist die ideale Form, weil sie höchste Beweglichkeit und Freiheit der Bewegung, höchste Verantwortlichkeit für den Erfolg in sich trägt und daher die Lauffähigkeit des Unternehmers in einer Weise herausfordert, wie keine andere. Das fehlende Kapital kann bis zu einem gewissen Grade durch Benutzung von Bank- oder Privatcredit ergänzt werden. Wer sein Geschäft ohne Gesellschafter oder nur mit einem stillen Gesellschafter betreibt, muß nach § 18 HGB keinen Familiennamen mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen als Firma führen. Der Firma darf kein Zusatz beigelegt werden, der ein Gesellschaftsverhältnis andeutet oder sonst geeignet ist, eine Täuschung über die Art oder den Umfang des Geschäftes oder die Persönlichkeit des Geschäftsinhabers herbeizuführen. Dagegen sind Zusätze, die zur Unterscheidung der Person oder des Geschäftes dienen, gestattet. Wer jedoch ein bestehendes Handelsgeschäft unter Lebenden oder von Todeswegen erwirbt, darf nach § 22 HGB für das Geschäft die bisherige Firma mit oder ohne Beifügung eines aus Nachfolgerecht ableitenden Zusatzes fortführen, wenn der bisherige Geschäftsinhaber oder dessen Erben in die Fortführung der Firma ausdrücklich einwilligen.

### Vorteile:

1. Vereinigung von Kapitalkraft und Geschäftsleitung in einer Hand, Verbindung zwischen eigenem Kapital und eigener Arbeit.
2. Volle Entschlusses- und Betätigungsfreiheit, nicht beschränkt durch einen anderen Willen oder irgendwelche Vorurteile, wie sie bei Gesellschaftsunternehmungen bestehen. Uneingeschränkte Verfügung und Verwendung des Unternehmungsgewinnes. Je größer die Anstrengung, umso größer der eigene Erfolg.
3. Rasche Entschlusses- und Beweglichkeit hinsichtlich Erzeugung, Eins- und Verkauf, Einsetzung der ganzen Persönlichkeit (Geschäftsgewandtheit, Unabhängigkeit, Selbstständigkeit). Ausnutzung rasch vorübergehender günstiger Verhältnisse ohne langen Inanspruchnahme. Je schneller der Umsatz, desto geringer der Kapitalbedarf.
4. Organisches Wachstum der eigenen Kapitalkraft und der Unternehmung, weil Ersparnisse und Vertriebsüberschüsse wieder dem Geschäft zuzuführen, statt in den Verbrauch der Familie überzugehen. Langsame, stetige, gut fundierte Entwicklung. Widerstand gegen starke und dauernde Verschuldung wegen der Befähigung der Wettbewerbsergebnisse mit anderen Unternehmungen, wegen der größeren Vorsicht und Neigung zur Sparsamkeit, sowie wegen des Selbstständigkeitsbetriebes.
5. Stark persönliches Verhältnis zwischen Einzelunternehmer einerseits und seinen Hilfskräften und der Kundschaft andererseits. Einfluß auf geschäftlichen Ruf, Arbeitsweise und Arbeitsfreude.

### Nachteile:

1. Begrenzung der Kapitalkraft durch das eigene Vermögen und die Kapitalbildung der Unternehmung (Betriebsüberschüsse). Beschränkte Kreditfähigkeit; Mangel an flüssigen Mitteln und Beschränkung in der Kapitalbeschaffung hemmen oft die Ausdehnung des Geschäftes und mindern den Grad der Bewegungsfreiheit und den Betätigungsdruck.
2. Beschränkte Vermögensübernahme im laufenden Geschäft, daher langsame Geschäftsentwicklung, während Gesellschaftsunternehmer gleich als Mittel- und Großbetriebe gegründet werden, weil sie das Gesamtergebnis auf viele Schultern verteilen können.
3. Begrenzung des Geschäftsumfanges und der Ausdehnungsfähigkeit durch die Geistes- und Körperkräfte, die Lebensdauer, Gesundheit und Arbeitskraft eines einzelnen Menschen oder doch einer Familie. Beschränkte Arbeitskraft bei zunehmender Betriebsgröße. Gefahr der Schwächung der Betriebsmittel durch fortwährende Entnahme von Geldern für private Zwecke (Haushalt, Ansehen, Neugier etc.), weil der Geschäftsgewinn erst am Ende des Jahres festgelegt wird; daher zeitweiligen größeren Anforderungen des Geschäftes (z. B. Rohstoffkauf, Auslieferungsaufträge) nicht immer gewachsen.
4. Unbeschränkte Haftung mit dem gesamten (Privat- und Geschäft-) Vermögen und volle Verantwortung. Keine Unterscheidung zwischen Geschäfts- und Privatvermögen. Zwangsvollstreckung aus einem gegen die Firma eines Einzelnehmers ergangenen Urteils auch in sein Privatvermögen. Willingen der Unternehmung kann für den Einzelhaber den Verlust seines Kapitals, aber auch seiner wirtschaftlichen und sozialen Stellung bedeuten. Die Haftung des Inhabers für die Geschäftsschulden geht auch auf den Nachfolger über (bei Kauf, Erbschaft etc.), sobald das Geschäft unter der bisherigen Firma weitergeführt wird. Ebenso haften der frühere Inhaber für die vor dem Geschäftsverkauf entstandenen Verbindlichkeiten neben dem Erwerber als Gesamtschuldner noch fünf Jahre nach der Veräußerung. (§ 26 HGB).
5. Verlust der persönlich erworbenen Geschäftserfahrungen mit dem Tode des Einzelnehmers. Weiterung des Geschäftes, jedoch nicht immer der Geschäftseigenschaften auf die Nachkommen. Störungen und Unterbrechungen des Geschäftsganges durch den Tod des Inhabers und den hieran sich anschließenden Erbgang.

die Erbteilung unter mehrere Erben, die Befastung des Geschäftes mit fremdlichen Renten und Schulden. Jedes Ende einer Unternehmung ist mit einer Veräufßerung von Werten verbunden.

Trotz der Schwächen und Nachteile wird die Einzelunternehmung, zumal wenn eine feste Interessengemeinschaft und Unterstützung durch Familienangehörige vorhanden und rechtzeitig für Nachwuchs und Einweihung des Nachfolgers in den Geschäftsbetrieb schon zu Lebzeiten des Inhabers gesorgt ist, immer ihre Vorzüge behalten, da keine andere Unternehmung das eigene Interesse und die Verantwortlichkeit für das eigene Tun in gleicher Weise weckt und wachhält. Wenn von dieser Grundform des Geschäftslebens abgegangen und die Gesellschaftsform gewählt werden kann, läßt sich nur unter Berücksichtigung der persönlichen Eigenschaften der Unternehmer und ihrer Vermögensverhältnisse, der Art der Unternehmung und der möglichen Gesellschaftsform beurteilen, da nicht jeder Unternehmer in einer Gesellschaftsbetriebshaft und nicht jedes Unternehmen sich dazu eignet. Je größer die Unternehmung, umso mehr herrscht die Gesellschaftsform vor, weil die Anforderungen der Leistung über die Arbeitskraft und das Kapital eines einzelnen hinausgehen.

### II. Personenvereinigungen.

Der Einzelunternehmung am nächsten stehen die Personenvereinigungen (Personalgemeinschaften) insofern, als hier alle oder doch die meisten Gesellschafter auch an der Leitung des Unternehmens beteiligt sind. Es handelt sich bei ihnen um das Zusammenwirken weniger Personen, die ihre Arbeit und Betriebsmittel ergänzen. Häufig ist die Verbindung eines Kaufmannes mit einem Techniker, um eine Arbeitsteilung in der Unternehmungsführung durchzuführen, die juristisch eine Gesellschaftsform erfordert. Das Zusammenwirken von Arbeitskräften ist hier meist wichtiger als die Ergänzung des Kapitals, die ja auch bis zu einem gewissen Grade im Wege des Credits erfolgen kann.

Wie Einzelunternehmungen entstehen Personenvereinigungen gewöhnlich aus kleinen Anfängen, wenn der Geschäftsbetrieb für einen einzelnen zu groß geworden ist und zuviel Arbeit macht (Anziehung eines Fachmannes als Gesellschafter, Eintritt der Söhne und Verwandten ins Geschäft bei gleichzeitiger Verklärung des Betriebskapitals, Verteilung des Wagnisses auf mehrere, Bedürfnis nach Erweiterung der Betriebe, Errichtung von Zweigniederlassungen etc.). Ebenso können sich Wettbewerbsfirmen zu Handelsgesellschaften vereinen, wenn sie es für vorteilhafter halten, gemeinsam zu arbeiten, als sich gegenseitig zu bekämpfen. Ferner können gewerkschaftliche Angehörige, die sich durch eine mehrjährige Tätigkeit verdient gemacht haben, als Teilhaber aufgenommen werden. Verbandsähnliche Verhältnisse, Verhältnisse führen ebenso oft zur Bildung von Gesellschaften, wie auch Todesfälle, wenn an die Stelle des verstorbenen Geschäftsinhabers zwei oder mehrere Erben treten.

Die Handelsgesellschaften unterscheiden sich juristisch nach der Haftung, wirtschaftlich nach dem Maß der Beteiligung von Kapital und Arbeit, d. h. Kapital und Personen, und der entsprechenden Verteilung von Gewinn und Verlust. Die wirtschaftlich wichtigste Unterscheidung ist die in Personen- und Kapitalvereinigungen, inwieweit die Beteiligung der Personen oder die des Kapitals das Entscheidende ist.

Allgemein haben sie den Vorteil, daß sie Unternehmungen, die dem einzelnen aus Mangel an Arbeitskraft oder Kapital unmöglich sind, gestalten, verschmelzen (sukzessiv) fähiger sind als Einzelunternehmungen und je nach Bedarf eine Trennung von Unternehmungsbesitz und Unternehmungsleitung ermöglichen.

Die Personenvereinigungen haben hinsichtlich der Kapitalmenge zwar keine Begrenzung durch Vermögen und Kredit einer einzigen Person, wohl aber durch die Begrenztheit des Vertrauens offener und stiller Teilhaber zu der Geschäftsleitung, die unabhängig und doch auf fremde Gefahr ihre Geschäftsmassnahmen treffen können. Voraussetzung der Vereinigung ist persönliche Bekanntschaft und Kefervahrung, die Folge jedoch enge zahlenmäßige Begrenzung der Teilhaberschaft.

## Preisveränderungen auf dem Eisenmarkt

Der Rohheilenausfluß hat die Preise für die erste Dekade des Septembers wie folgt festgelegt: Sämateil 23 799 M. Siebereitrohreisen I 24 491 M. Siebereitrohreisen III 24 421 M. Siegerländer Stahlisen 26 558 M. kupferarmes Stahlisen 26 191 M. Spiegelisen mit 8-10 Prozent Mangan 28 990 M. Siebereitrohreisen III. Luxemburger Qualität, 22 754 M. Bandstahleisen, grau, großes Format, 23 368 M. Die Ferrumangan- und Ferrossiliciumpreise sind noch nicht herausgekommen.

Die Preise des Stahlbandes für die erste Dekade des Septembers stellten sich: Rohbleche 27 530 M. Vorbleche 30 120 M. Knüppel, 31 250 M. Flattines 32-330 M. Formeisen 36 509 M. Stabellen 37 020 M. Univerfalleisen 40 320 M. Bandstahleisen 42 130 M. Walzdraht 33 890 M. Grobbleche, 5 mm und darüber, 41 580 M. Mittelbleche, 3 bis unter 5 mm, 47 250 M. Feinbleche, 1 bis unter 3 mm, 50 750 M. Feinbleche unter 1 mm 53 910 M. für 1000 kg in Thomashaandelsgröße mit bekannten Frachtgrundlagen. Die zu erwartende Kohlenpreiserhöhung ist in diesen Preisen nicht enthalten. Die Aufschläge hierfür regeln sich nach dem bestehenden Schmelz. Der Verkaufspreis für die Lieferung in Siemens-Martin-Handelsgröße beträgt für die erste Dekade 2 500 M. auf Stabellen berechnet. Die Marküberpreise der seit dem 1. August in Kraft getretenen Listen gelten für den Monat September mit einem Zuschlag von 30 Prozent.

Der Verein deutscher Lasterwagenfabrikanten hat mit Wirkung vom 25. August den Aufschlag für das Inland von 250 auf 550 Proz. heraufgesetzt. — Der Verein deutscher Brückenwagenfabrikanten legte mit Wirkung vom 27. August den Aufschlag für Deutsches Inland auf 575 Prozent fest. — Der Verein deutscher Federwagenfabrikanten erhöhte ab 25. August den Aufschlag auf die Listenpreise auf 1200 Prozent.

Der Verein deutscher Eisengleichen, Gleisereiverband Düsseldorf, erhöhte die Gußwarenpreise ab 1. Sept. bis auf weiteres um 70 Prozent, die Preise für gußeisene Druckmuffenrohre, Formstücke und Vorwärtröhren um 75 Prozent, für gußeisene Abflußröhren gleichfalls um 75 Prozent. Die gleiche Preissteigerung nahmen die Vereinigung Deutscher Eisendensfabrikanten, die Tauglichkeitsvereinigung, Kesselblech-Verkaufsvereinigung und Maschinen-Verkaufsvereinigung vor.

Die Vereinigung Deutscher Hängeschloßfabrikanten hat die Verkaufsaufschläge für gewöhnliche Hängeschloßer im Inland auf 7800 Proz. und im valutarischen Ausland auf 8800 Proz. erhöht. Hängeschloßer mit Messingteilen gelten im Inland mit 8300 Prozent und im valutarischen Ausland mit 9300 Prozent Aufschlag, während Schloßer ganz aus Messing im Inland mit 8800 Prozent und im valutarischen Ausland mit 9800 Prozent Aufschlag geliefert werden.

Der Verband deutscher Fechtfabrikanten erhöhte mit Wirkung ab 21. August den Aufschlag auf 510 Prozent.

Die Kesselfabrikanten-Verkaufsvereinigung mit dem Sitz in Kassel hat mit Wirkung vom 21. August ab den bisherigen Feuerungszuschlag von 1400 Prozent auf nunmehr 1 000 Prozent erhöht; sie berechnet bei Zielüberkreitung 5 Prozent (1) über den jeweiligen Zinsfuß der Reichskasse hinaus als Verzugszinsen.

Die Hülfsloren-Verkaufsstelle, G. m. b. H., in Hagen Kellert vom 23. August ab den Aufschlag für Schraubstollen und Stedgriffe auf 7500 Prozent (gegen bisher 5 900 Prozent).

Die Vereinigung Esslinger Stahlwarenfabrikanten hat die Aufschläge auf die Grundpreise vom August 1921 nunmehr von 600 Prozent auf 1 800 Prozent erhöht.

Die Preise für 1a Qualität Hohenzollern-Schraubenmutter, Markt und präzis gezogen, sind für die Abmessungen 18 mm und stärker auf 6 450 M. für die Abmessungen unter 18 mm auf 6 750 Mark Grundpreis je 100 kg ab Lager, Hagen i. W., erhöht worden.

Der Motoren-Verband Berlin hat vom 1. Sept. ds. J. die Feuerungsanschläge für Verbrennungsmotoren auf den Grundpreisen von 1921 wie folgt erhöht: für alle Dieselmotoren (ortsfeste und Schiffsmotoren) auf 1000 Prozent und für alle örtlichen Verbrennungsmotoren und ihre Anwendungen auf 1 800 Prozent.

Die Preisliste des Zentralverbandes der deutschen elektrischen Industrie hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, ihre Preise mit Wirkung ab 24. August 1922 um etwa 25 Proz. zu erhöhen.

Für Schnürriemenstiche und -nadeln hat die Außenhandelsstelle für Eisen- und Stahlwaren (Eiserfeld) in Bezug auf den Verkauf ins schwachvalutarische Ausland folgende Bestimmungen getroffen: Die Unterscheidung der Gruppen I und II der Länder mit schwacher Valuta in dem Merkblatt vom 20. April fällt fort. Mit Wirkung vom 15. August ab werden die Preise für alle schwachvalutarischen Länder wie folgt festgelegt: Sandblech je nach Farbe 127,30—146,30 M., gerade Nadeln 173,50—199,35 M., Epilnadeln 174,50—200,45 M.

Der Türschloßverband Gruppe „Eisenstichlöcher“ setzt mit Wirkung vom 30. August die Verkaufsaufschläge für Buntbarthlöcher im Inland auf 7 500 Proz., für Grobbleche auf 6 800 Prozent und für feine Schlüssel auf 7 000 Prozent. Nach dem Zustand mit schwacher Valuta werden Buntbarthlöcher mit 7 900 Prozent, Schlüssel mit 7 200 Prozent und feine Schlüssel mit 7 400 Prozent Aufschlag geliefert.

## „Bücher der Arbeit“

behandelt in geschmackvollen Einzelbänden alle Fragen grundsätzlich ideeller Natur, der Wirtschaft, Gesellschaft, des Arbeitsrechtes, der Sozialpolitik, der Volksgemeinschaft und des politischen Schaffens nach den Grundfragen des Christentums, nationalen Gefühls und der sozialen Tat.

Jedes Bändchen, ca. 96 Seiten, 12 Mt.

Die „Bücher der Arbeit“ sind für jeden Arbeiter und Angestellten, besonders allen in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung stehenden Führern, eine Sammlung von bleibendem Wert.

Bis jetzt sind erschienen:

- Band 1: Christentum und soziale Idee. Von Georg Meier. 3. Auflage.
- Band 2: Die moderne Gewerkschaftsbewegung. Von Theodor Brauer. 2. Auflage.
- Band 3: Vertikalisierung der Schwerindustrie oder soziale Gemeinwirtschaft. Von Karl Schmitz. 2. Auflage.
- Band 4: Das Betriebsbilanzgesetz in der Hand des Betriebsrates. Von Franz Goerig. 3. Auflage.
- Band 6: Erde — Gedächtnis. Von Christoph Weprecht.
- Band 7: Triebkräfte der modernen Wirtschaft. Von Wilhelm Mauer. 2. Auflage.

Die Bücher der Arbeit können durch die Ortsverwaltungen des Verbandes bezogen werden, oder direkt vom

Echo-Verlag, Duisburg

## Das Reich der Technik

### Der Riese vom Spinnhof \*)

IV.

Auch das Innere seines Kessels konnte er jetzt

Während während die Weber Spinnstühle feierten, wurde das Feuer gelöscht und der Kessel entleert. Durch das Loch, das sonst der schwere Eisenkessel fast verdrahtete, mußte sich Riedel dann in den Kessel wagen. In fünfzigsten Stunden hämmerte er innen den Kesselstein, den fünfzigsten Jahreswiederholungs des verdrängten Rohlers von den Wandungen los. Durch dasselbe Loch kroch dann der Beamte der Aufsichtsbehörde und prüfte das Innere. Von Alterswache des Kessels hatte er das letzte Mal gesehen und von Härteren Verzweiflungen. Ein neuer Kessel war daraufhin schon als Ersatz für den alten bei der Kesselfabrik bestellt worden. Aber der alte Kessel hatte, wie all die Jahre zuvor, die gewöhnlich vorkommende auf dreizehn Atmosphären getriebene Dampfmaschine noch zu behalten. Auch diesmal hatte Riedel bei dem ungeheuren Überlasten, wenn auch unglücklich, geholfen. Denn daß ein Riesen des Kessels deshalb weniger gefährlich sei, weil der Rost durch kaltes Wasser und Regengüsse erregt wurde, das sollte der Beamte einem andern weismachen.

Es heißt Sommermittag brütete über dem Kesselhäuschen, Maschinenmäßig schüttelte Riedel Schmelz nach Schmelz in die Pfanne und ließ mit langen Schaufeln die verstopfenden Schlackes nach Roste. Die am kleinen Arm brehenden Strahlen der Zerstreuung, die sich unerschütterlich über dem Kessel spürte er

heute nicht. Nur der Körper tat den Dienst; keine Gedanken weilt bei seiner Frau; die lag an schwerer Lungenentzündung darnieder.

Die langjährige Gewohnheit ihm einflüster, brauchte er in der letzten halben Stunde vor Werkstuhls Schmelz und Schmelzen kaum noch zu rühren. Was sollte er noch hier? Zu Hause war er nötiger. Er gab sich keine volle Rücksicht von seinem Tun. Seinen Sinn verwirrte die Sorge. Wie im Traum verließ er den Kesselhof.

Hatte er gegen die Gewohnheit heute mehr Kohle als sonst aufgeschichtet? Hatte er das Feuer nicht abgedeckt, die Luftklappe nicht geschlossen?

Der Feiger übertritt den roten Strich. Niemand sah es. Weiter bewegte er sich. Kein Sicherheitsentziff für die Feuertür erhöhte das Feuer das Wasser, dem Riesen neue Kräfte einverleibte.

Feierabend, wählte des Formwärters Glocke. Ihr willkommenes Gruß ließ die Weber die Kräfte der Maschinen. Der Maschinenwärter schloß den Abpfeifer der Dampfmaschine, und in ihren Umarmungen abschied er wandte, riefen die Räder der dreihundert Pferde. Keine Spur Dampf mehr wurde dem Kessel entnommen, indes in seinem Inneren die Hitze tobte.

Der Feiger beherrschte keinen Weg. Schon war die Ziffer 51 erreicht. Das Sicherheitsentziff begann sich zu brüllen.

Aber der Riese hatte jetzt die Weisheit, ein einmaliges Kräftegefühl war es; unter ohrenschmerzenden dumpfen Knallen sprang er die Riechstoffe auseinander, er rief seine Geister in Klänge und brüllte die Hauswände auseinander, fort schrieerte er den Dampf und riefte den Schornstein weiß über die Sagedächer, mit dessen Steinheit sie durchschlugen. Wie ein donnerndes Hagel prasselten die unheimlichen Eisenketten, hoch durch die Luft schwebend, auf dem Spinnhof nieder. Tsch nach das Re-

selhaus und was es umgab in einen dampfenden Lärmwachen verwandelt.

In diesen Dampfswaden stieg des Riesen Kraft in den Abendhimmel.

Zurückgekehrt von dem eben angetretenen Heimweg umstand das Arbeiterherd in kleiner Entfernung die Unglücksstätte.

„Mir nach!“ rief der Maschinenmeister, und stürzte in den Wehlauf. Einige beherzte Männer folgten ihm. Entsetzt blühten sie auf das Durcheinander der zertrümmerten Räder und Stangen, übereinander gewürfelte Steine und Balken, umhüllt von zertrümmerten Räden, weißen und bunten Stoffbahnen.

Von der Soalede her kam Wimmern und Stöhnen. Dort lag der Fabrikwächter hingestreckt, am Kopfe blutend. Unter den Verwundeten der Arbeiter erwachte er aus seiner Ohnmacht. Die Schreie, die neben ihm lagen, wichen darauf hin, daß er, als das Verhängnis eintrat, mit dem Abschließen der Saalfäden beschäftigt gewesen war. Erst dann niemand verunglückt zu sein, nur an die hundert eiserne Weber lagen erschlagen.

Man eilte wieder ins Freie.

„Wohin?“ rief der Maschinenmeister. Laut hallte der Ruf über den Spinnhof. Keine Antwort.

Auch in seiner Wohnung fand man den Feiger nicht.

Was konnte man sich später zusammenreimen. Nachträglich war ihm eingefallen, daß er das Feuer zu bedeu vergessen hatte; diese Meinung überließ ihn, als er an das ihm überlastete Sicherheitsentziff dachte, die Angst trieb ihn zum Kessel zurück. Entsetzt schied er heim, er beim Betrachten des Hauses noch den Hochstand des Druckröhrens gefehen haben, da hatte ihn das Schicksal ereilt. Unter den Trümmern des gebrochenen Mauerwerks, der zerbrochenen und gesplitterten Kesselplatten ward er begraben.

Der Riese hatte ihn erschlagen.

\*) Entnommen aus dem empfehlenswerten Buche: „Arbeiter unter Dampf“ von A. Reiche Verlag: Thienemann, Stuttgart.